

Deutsche Seehäfen stärken – Verantwortung gemeinsam wahrnehmen

*Positionspapier der Sprecher*innen für Häfen und maritime Wirtschaft der Bundestagsfraktion, der Landtagsfraktionen von Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sowie der Bürgerschaftsfraktionen von Hamburg und Bremen von Bündnis 90/Die Grünen zur Nationalen Maritimen Konferenz 2026 in Emden*

Die deutschen Seehäfen sind zentrale Knotenpunkte für Industrie, Logistik und Energieversorgung. Sie sichern nicht nur den Warenumsatz für die Volkswirtschaft, sondern übernehmen auch gesamtstaatliche Funktionen – von der Dekarbonisierung der Industrie und Schifffahrt über die Integration klimaneutraler Energieträger wie grünen Wasserstoff, grünes Ammoniak, Methanol oder synthetische Kraftstoffe bis hin zur Unterstützung der militärischen Handlungsfähigkeit Deutschlands und seiner Bündnispartner.

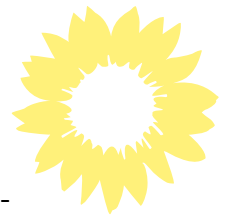
Wie andere Bereiche der Infrastruktur haben sich auch in den Seehäfen über Jahrzehnte erhebliche Sanierungs- und Modernisierungsbedarfe aufgebaut. Altersbedingte Substanzverluste treffen auf neue Anforderungen durch Digitalisierung, Automatisierung, Klimaanpassung und die Umsetzung der Energie- und Zeitenwende. Dass diese Last nicht von den Küstenländern allein getragen werden kann, ist unstrittig.

Mit der 2025 beschlossenen Nationale Hafenstrategie erhebt der Bund den Anspruch, die Hafenpolitik der Zukunft zu gestalten. Dafür braucht es eine langfristige strategische Investitionsplanung. Auf Grundlage der Erhebung des Zentralverbands der deutschen Seehafenbetriebe (ZDS) und der DENA-Studie „Energiehäfen der Zukunft“ lassen sich die Investitionsbedarfe der deutschen Seehäfen gut abschätzen.

Zielsichere Investitionen durch verstärkte Kooperation und Arbeitsteilung

Viel Geld allein reicht nicht. Für eine zukunftsfähige Investitionsplanung braucht es eine stärkere Koordinierung und Arbeitsteilung der deutschen Hafenstandorte untereinander. Der bisher übliche Infrastrukturwettbewerb zwischen den Bundesländern ist volkswirtschaftlich ineffizient und birgt die Gefahr von Fehlallokationen: Wenn alle Standorte gleichzeitig versuchen, nicht nur in ihren traditionellen Geschäftsfeldern zu wachsen, sondern auch diverse Zukunftsthemen aufzugreifen, riskieren sie den Aufbau von Kapazitäten, die später nicht ansatzweise ausgelastet sind. Notwendig ist eine strategische Standortpolitik für den Hafenstandort Deutschland insgesamt – in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn.

Es braucht daher für unsere Häfen eine strategische Investitionsplanung, die den bestehenden Bedarfen der Standorte gerecht wird und zugleich an jedem Standort ein erfolgsversprechendes Aufgabenprofil für die Zukunft entwickelt – anstatt der Illusion hinterherzulaufen, jeder Standort müsse an allen Zukunftsfeldern partizipieren. Mit dem Ausbau



der Offshore-Wind-Terminals in Cuxhaven und den neuen Mitteln für die zivil-militärische Ertüchtigung des Standorts Bremerhaven sind erste Ansätze einer solchen Profilbildung zu erkennen. Sie basieren jedoch auf Einzelentscheidungen und sind gerade nicht eingebettet in eine übergeordnete Investitionsstrategie. Diese Art von Investitionsentscheidungen zugunsten eines Standorts löst daher bisher Unsicherheit an anderen Standorten aus – das muss ein Ende haben.

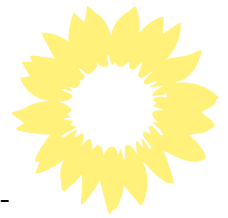
Sowohl für standortsichernde Sanierungsaufgaben als auch Ausbau- und Modernisierungsprojekte braucht es einen transparenten und verlässlichen Finanzierungsansatz, der nur durch eine langfristige politische und finanzielle Unterstützung des Bundes zu erreichen ist.

Investitionsmittel dürfen dabei nicht nur in Hafenanlagen fließen, sondern auch in die Verkehrsinfrastruktur im Hinterland und in die Ausbildung von Fachkräften. Digitalisierung und Automatisierung sind die Zukunft europäischer Lieferketten und die deutschen Hafenstandorte werden nur dann ihre Bedeutung als Knotenpunkte dieser Güterströme erhalten können, wenn sie auch auf der Höhe der Zeit agieren. Die Schnittstelle zwischen Hafen- und Digitalkompetenz muss in Deutschland gestärkt werden, für mehr Effizienz im wirtschaftlichen Wettbewerb und mehr Resilienz gegenüber Angriffen von außen.

Nur mit starken Häfen: Energieversorgungssicherheit und Klimaneutralität in Deutschland und Europa

Das Zurückrudern bei den Klimazielen und bei den Ausbauzielen für die erneuerbaren Energien durch die jetzige Bundesregierung schadet den Hafen-Standorten zusätzlich und verunsichert Unternehmen und Investoren. Die Bundesregierung muss sich jetzt klar für die bestehenden Klimaziele engagieren, auch um unsere Unabhängigkeit zu stärken und sich für die Zukunft nachhaltig aufzustellen. Die Häfen haben bereits in der Energiekrise 2022/23 ihre Bedeutung für die Energieversorgungssicherheit unter Beweis gestellt. Vor dem Hintergrund wachsender geopolitischer Konflikte, die die Versorgung mit fossilen Energieträgern massiv stören, müssen die Häfen bei Aufgaben des nachhaltigen Energieimports künftig weiter gestärkt werden. Die deutsche Wirtschaft und auch die Häfen selbst müssen raus aus der fossilen Kostenfalle.

Eine Querschnittsaufgabe, die von allen Häfen gemeistert werden muss, ist die Dekarbonisierung der maritimen Wirtschaft. Infrastrukturen zur Bereitstellung alternativer Treibstoffe für die Schifffahrt sowie die Elektrifizierung von Hafenanlagen und aller angeschlossenen Verkehrsträger – von der Schiene über den LKW bis zu Binnenschiffen – sind zwingend erforderlich, damit auch die Hafenwirtschaft ihren unverzichtbaren Beitrag zur Erreichung der deutschen und europäischen Klimaziele leisten kann. Wertvolle Biogase und E-Fuels dürfen nicht in den Heizungs- und PKW-Sektor gelenkt werden, denn das verteuert Kraftstoffe für die Schifffahrt, die nicht auf Batterieelektrische Antriebe oder



Wärmepumpen ausweichen kann. Der voranschreitende und vom Bund finanziell unterstützte Landstromausbau ist nur ein erster Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Ein finanzielles Fundament für Infrastrukturen von nationaler Bedeutung

Um den Sanierungs- und Modernisierungstau nachhaltig zu beseitigen, sind laut Schätzungen Investitionen in Höhe von rund 15 Milliarden Euro erforderlich, davon mind. 2 bis 4,7 Milliarden für die Energiestrukturen. Das Sondervermögen Infrastruktur stellt Mittel in erheblicher Höhe für nationale Zukunftsaufgaben zur Verfügung und sollte für diese Aufgabe von nationaler Bedeutung genutzt werden. Auch Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) oder dem Einzelplan 14 (Verteidigung) sollten weiter genutzt werden, um wichtige Projekte im Energie-, Klima- und Sicherheitskontext umzusetzen und die Häfen gemeinsam mit den Bundesländern auf die Anforderungen der kommenden Jahrzehnte auszurichten.

Darüber hinaus sollte die Bundesfinanzierung der Seehäfen, die seit 2005 mit rund 38,3 Millionen Euro jährlich weitgehend unverändert ist, deutlich angehoben werden. Eine verstetigte Bundesfinanzierung von mindestens 500 Millionen Euro jährlich wäre notwendig, um die Häfen dauerhaft leistungsfähig und zukunftsfähig zu gestalten. Bund und Länder sollten die Bereitstellung dieser Mittel prüfen und vorantreiben, um Planungssicherheit und Kontinuität zu gewährleisten.

Die Nationale Maritime Konferenz 2026 bietet den passenden Rahmen, um diese Weichenstellung gemeinsam voranzutreiben. Bund und Länder müssen ihre Verantwortung klar wahrnehmen und die deutschen Seehäfen finanziell und strategisch stärken. Nur so können sie auch künftig ihren Beitrag zu wirtschaftlicher Stabilität, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und strategischer Handlungsfähigkeit Deutschlands leisten.

Claudia Müller, MdB, Berichterstatterin für maritime Wirtschaft der Grünen Bundestagsfraktion und Spitzenkandidatin der Grünen zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

Nelly Waldeck, MdL, Sprecherin für Schifffahrt der Grünen Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein

Jutta Wegner, MdL, Parlamentarische Geschäftsführerin und Sprecherin für Wirtschaft der Grünen Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern

Eva Botzenhart, MdHB, Sprecherin für Wirtschaft der Grünen Bürgerschaftsfraktion in Hamburg

Dr. Emanuel Herold, MdBB, Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Häfen der Grünen Bürgerschaftsfraktion in Bremen

Stephan Christ, MdL, Sprecher für maritime Wirtschaft der Grünen Landtagsfraktion in Niedersachsen